



Videokonferenz von Bundeskanzlerin Merkel mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Corona-Pandemie

Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, teilt mit:

Pressemitteilung 149

Dienstag, 11. Mai 2021

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)

Heute Vormittag hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Corona-Pandemie ausgetauscht. Weitere Teilnehmer des Gesprächs waren die Bundesministerinnen und -minister Olaf Scholz, Peter Altmaier, Hubertus Heil, Jens Spahn, Anja Karliczek, Svenja Schulze und Staatsminister Hendrik Hoppenstedt.

Das Gespräch drehte sich zunächst um kurzfristige Folgen der Corona-Pandemie für die Wirtschaft. Mit Blick auf die Ausbildungssituation wurden Möglichkeiten erörtert, wie es trotz Pandemie-Bedingungen möglich ist, jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Die von der Bundesregierung und den Partnern der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ am 17.03.2021 beschlossene Aktion zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben

wurde von den Sozialpartnern positiv gewürdigt. Digitale Berufsorientierungsangebote, virtuelle Berufsberatung, virtuelle Betriebspraktika und Vorstellungsgespräche sind einige Instrumente, mit denen die Ausbildungssituation kurzfristig verbessert werden kann.

Die Corona-Krise hat auch bereits seit längerem bestehende Herausforderungen im Einzelhandel verschärft, wie etwa Leerstände in innerstädtischen Einkaufslagen und den Trend zum Onlinehandel. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass die geplante Innenstadtstrategie der Bundesregierung wichtige Impulse für eine Wiederbelebung von Innenstädten setzt.

Diskutiert wurden ebenfalls zentrale langfristige Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel erfordern eine Beschleunigung der Transformation in einigen Sektoren. Es bestand Einigkeit darüber, dass Klimaschutz und Industrieproduktion kein Gegensatz sind; Deutschland soll vielmehr seine starke Stellung als Industrieland behalten. Die Teilnehmer betonten, dass das Konjunktur- und Zukunftsprogramm sowie die Sozialgarantie der Bundesregierung und gute Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.